

## Editorial

Einige der heutigen Ziele deutscher Schulpolitik sind in Frankreich längst verwirklicht, so etwa das Zentralabitur und die Ganztagschule. Das Zentralabitur war in den meisten Bundesländern lange verhindert worden, nicht zuletzt, damit die Unterschiede zwischen Schulstandorten und Schulformen, insbesondere zwischen Gymnasien und Gemeinschaftsschulen nicht allzu sehr ins Auge sprängen. Das ist nun der Schnee von gestern. Auch Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen haben jetzt das Zentralabitur geplant.

An ein nationales Zentralabitur ist jedoch auch heute nicht zu denken. Hier wurde die faktische Ungleichheit der offiziell gleichen Abschlüsse allerdings dadurch etwas abgefedert, dass es bei der Zentralen Vergabe von Studienplätzen ein Bonussystem zugunsten etwa bayerischer und baden-württembergischer Abiturienten gibt. In Frankreich hingegen wollen Schuler und Lehrer nicht nur die formelle, sondern auch die inhaltliche Gleichheit der Abschlüsse garantiert wissen. Eine von der „Loi Fillon“ ursprünglich vorgesehene Aufweichung des Zentralabiturs durch die Reduzierung der Anzahl der schriftlichen Prüfungen und die Berücksichtigung der durch das Jahr hindurch erbrachten Leistungen trieb Frankreichs Schüler, wie hier von *Medard Ritzenhofen* erläutert, zu Hunderttausenden auf die Barrikaden. Sie wollten keine Reduzierung des Prüfungsstresses, sondern „égalité“.

Mit dieser „égalité“ hapert es jedoch insofern, als insbesondere Schulen in sozial schwierigen Vierteln mit hoher Arbeitslosigkeit und hohem Immigrantenteil viele ihrer Schüler gar nicht erst zum gewünschten

Abschluss bringen können. Auch die hierzulande derzeit als Allheilmittel gepriesenen Ganztagschulen haben dieses Problem nicht entschärft, und das, obwohl sie in den problematischen Vierteln besonders gut mit Lehrern ausgestattet worden sind. Die „Loi Fillon“ sieht nun vor, Lehrpläne zu entrümpeln und den Unterricht auf die Vermittlung von Basisfertigkeiten zu konzentrieren, daneben aber auch den lernschwachen Schülern staatlich finanzierten Nachhilfeunterricht zu gewähren. Angesichts ähnlicher Probleme in vielen deutschen Stadtvierteln könnte Frankreichs Politik hier Vorbild werden, jedenfalls eher als mit seiner Politik der täuschenden Statistik zur hohen Zahl seiner Abiturienten (siehe den Beitrag von *Bertrand Girod de l'Ain*).

Ganz im Gegensatz zur traditionellen Gleichheitspropaganda steht die zunehmende Einführung von Wettbewerbs-elementen in das Bildungssystem. Das zeigen die Profilierungsbemühungen von Schulen, die Entwicklung der Funktion von Schulleitern (siehe den Beitrag von *Werner Zettlmeier*) oder eben auch die Erfolge einer Einrichtung wie *Sciences Po* (siehe die Beiträge von *Barbara Landauer / Susanne Nies* und von *Sabine von Oppeln*), die ihre Forschungsschwerpunkte ausbaut, ihre Studierenden selbst aussucht, hohe Studiengebühren bei gleichzeitiger Einführung eines differenzierten Stipendiensystems verlangt, die konsequent die Internationalisierung vorantreibt und mit einzelnen Abteilungen schon die französische Provinz erobert hat, während die traditionellen Universitäten, vom Staat ohnehin stiefmütterlich behandelt, zu mittelmäßigen Massenausbildungsstätten zu verkommen drohen. Ähnliche Entwicklungen sind angesichts der epidemischen Unterfinanzierung deutscher Universitäten sowie ihrer nur deklamatorischen, nicht faktischen Autonomie auch in Deutschland festzustellen. Es fehlt hier jedoch eine *Sciences Po*.

JOHANNES THOMAS